

GZ. BMEIA-EU.2.13.47/0011-II.1/2018
ZUR VERÖFFENTLICHUNG BESTIMMT

EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 16. Juli 2018; Bericht

27/4.1

Vortrag

an den

Ministerrat

Am 16. Juli 2018 fand in Brüssel eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt.

Die Hohe Vertreterin und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission (HV/VP) Federica Mogherini sprach unter dem Punkt laufende Angelegenheiten folgende Themen an: Das EU-CELAC Ministertreffen und das Somalia Partnerschafts-Forum, die jeweils am 16. und 17. Juli in Brüssel stattfanden, das Treffen der Joint Commission des Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA) betreffend Iran am 6. Juli in Wien und die geplanten Änderungen des sogenannten EU Blocking Statute gegen US-Sanktionen, den Westbalkan-Gipfel am 9. und 10. Juli in London sowie die Ratschlussfolgerungen zum 20-jährigen Jubiläum der Annahme des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs. Österreich sicherte der HV/VP Mogherini als Ratsvorsitz seine Unterstützung zu und präsentierte die Schwerpunkte des Vorsitzes.

Der erste Tagesordnungspunkt behandelte die Östliche Partnerschaft (ÖP, bestehend aus EU-Mitgliedsstaaten und Armenien, Aserbaidshan, Belarus, Georgien, Republik Moldau, Ukraine), bei dem in erster Linie auf die Vorbereitungen des ÖP-Außenministertreffens am 15. Oktober 2018 in Luxemburg eingegangen wurde. Weiters zogen die Außenminister eine Zwischenbilanz und unterzogen die ÖP-Gipfelbeschlüsse vom November 2017, insbesondere die „20 Deliverables for 2020“ und die neue ÖP-Struktur, einer Überprüfung. Es wurden auch erste Überlegungen zu möglichen Veranstaltungen zum 10-jährigen Jubiläum der ÖP im Jahr 2019 (Prager Gipfel am 7. Mai 2009) unter rumänischem Vorsitz angestellt. Österreich stellte sein Engagement in der ÖP vor und präsentierte die ÖP-Vorsitzprioritäten sowie während des Vorsitzes stattfindende Veranstaltungen.

Unter dem Tagesordnungspunkt Libyen wurden rezente Ereignisse und Entwicklungen wie die Pariser Konferenz vom 29. Mai 2018, der Stand der Verfassungsreformen, die Vorbereitung der Wahlen und die womöglich beigelegte Krise im „Oil Crescent“ diskutiert. Eine rasche Stabilisierung Libyens und die Aussöhnung der in Konflikt stehenden Parteien seien eine Priorität. Die Diskussion diene der Konsolidierung einer einheitlichen EU-Position und -Strategie für die

Zukunft des Landes.

Während des Mittagessens fand ein Meinungsaustausch zu den jüngsten Entwicklungen auf der koreanischen Halbinsel im Hinblick auf die Gipfeltreffen der DVRK mit der Republik Korea und den USA statt. Außerdem wurde die mögliche Rolle der EU in einem Friedensprozess diskutiert. Das erstrebenswerte Ziel der EU-Mitgliedsstaaten blieben Stabilität und Sicherheit auf der koreanischen Halbinsel mittels diplomatischer Bemühungen und die langfristige Sicherung einer dauerhaften und überprüfbaren Denuklearisierung. Ziel des Meinungsaustausches beim Mittagessen war die Erlangung einer konsolidierten Position insbesondere zur Frage der Sanktionen und zur Haltung gegenüber der DVRK.

Zum 20-jährigen Jubiläum der Annahme des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshof wurden Ratsschlussfolgerungen angenommen, die auf österreichische Initiative im Rahmen des Schwerpunkts der Stärkung des effektiven Multilateralismus und der internationalen regelbasierten Ordnung gemeinsam mit Bulgarien (als vorhergehender EU-Vorsitz) und dem EAD vorbereitet wurden. Die Ratsschlussfolgerungen laden u.a. HV/VP Mogherini dazu ein, Vorschläge für eine institutionelle Stärkung der EU im Bereich der internationalen Strafgerichtsbarkeit und des humanitären Völkerrechts vorzulegen. Österreich unterstützt die Idee der Einrichtung eines/r eigenen EU Sonderbeauftragten für internationale Strafgerichtsbarkeit und humanitäres Völkerrecht.

Die Schlussfolgerungen der Ratstagung sind auf der Webseite des Rates (www.consilium.europa.eu) abrufbar.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, am 6. September 2018
KNEISSL